

Wort des Kirchenpräsidenten zur Resolution
„Solidarität mit jüdischen Menschen“

EKHN-Synode am 30.11.2023

Sehr geehrte Frau Präses,

hohe Synode,

seit einigen Jahren gibt es jährlich ein Gespräch mit dem Vorstand des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Hessen. Die Gespräche haben sich zu einem vertrauensvollen Austausch entwickelt. Als wir den Termin des letzten Gesprächs am 16. Oktober vereinbart hatten, konnte damals noch niemand ahnen, dass wir uns neun Tage nach den furchtbaren Terror-Angriffen der Hamas auf Bürgerinnen und Bürger in Israel, nach dem schlimmsten Angriff auf Jüdinnen und Juden nach der Shoa, treffen würden.

Diese Begegnung werde ich nie vergessen. Während wir sprachen, gingen auf dem Smartphone von einem unserer Gesprächspartner Textnachrichten ein, dass ein entfernter Verwandter bei den Angriffen der Hamas ermordet und ein anderer vermutlich als Geisel genommen sei. Im Gespräch hörten wir von großen Ängsten jüdischer Gemeindemitglieder in Hessen, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Unsere Gesprächspartner berichteten von Erfahrungen, dass ausgehend vom Thema des Hamas-Terrors und der israelischen Reaktion jüdische Kinder in der Schule von Mitschüler*innen isoliert und beleidigt werden.

Es hat sehr geschmerzt, all das zu hören. Gleichzeitig haben wir - an dem Gespräch haben von unserer Seite auch Ulrike Scherf, Detlev Knoche, Peter Noss, Joachim Schauß und Volker Rahn teilgenommen - viel Vertrautheit und Vertrauen gespürt. Das hat ein offenes Gespräch ermöglicht über vieles, was uns bewegt hat. Und ich bin unseren jüdischen Gesprächspartnern sehr dankbar, dass sie bereit waren, ein gemeinsames Statement zu veröffentlichen. So konnten wir gemeinsam am 17. Oktober öffentlich erklären:

„Wir stehen fest an der Seite Israels. Wir solidarisieren uns mit den Opfern und ihren Angehörigen, wir beten für die entführten Geiseln und unterstützen Initiativen zu ihrer Befreiung.“

Wir denken an alle, die hierzulande Angst haben und um Angehörige und Freunde in Israel bangen. Wir stellen uns entschlossen all denen entgegen, die

versuchen, eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben und Israel als den eigentlichen Aggressor darzustellen. Wir verurteilen alle, die die Taten des Terrors auf unseren Straßen bejubeln. Wir fordern, dass diese Art öffentlicher Kundgebungen verboten werden.

Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Ereignisse die gute Arbeit der verschiedenen Organisationen und Partner in Israel und Deutschland zunichtemachen, die auf Verständigung und eine konstruktive Lösung der komplexen Lage im Heiligen Land hinarbeiten. Wir unterstützen die demokratischen Parteien und Akteure bei ihrem Bemühen, Israel zu helfen. Wir werden die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau weiter vertiefen und ausbauen.“ [Zitat Ende]

Heute bin ich deshalb besonders dankbar, dass wir hier all dies aufnehmen. Ich danke dem Kirchensynodalvorstand und allen die daran beteiligt waren, dass die vorliegende Resolution vorbereitet wurde und dies in Kontakt und Abstimmung mit der Kirchenleitung geschehen ist. Es ist gut und wichtig, wenn wir uns mit unseren jüdischen Geschwistern hier in Deutschland solidarisch erklären. Es ist auch gut und wichtig, wenn wir auch gegen die seit dem 7. Oktober zunehmende Muslimfeindlichkeit in Deutschland Position beziehen. Und wenn wir zum Ausdruck bringen, wie sehr uns die Sehnsucht nach Frieden im Heiligen Land bewegt.

Die Kirchenleitung begrüßt sehr, wenn Sie, geehrte Synodale, die Resolution verabschieden und trägt sie mit.

Herzlichen Dank!